

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 31.

Halle, Freitag den 6. Juli 1917.

1. Jahrgang.

## Vor der Entscheidung.

Der Verfassungs-Ausschuß hat am Mittwoch über die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten debattiert. Am Freitag wird abgestimmt, und die Sache steht nunmehr so: Der sozialdemokratische Antrag, durch Reichsgesetz allen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts von 20. Lebensjahr an das Wahlrecht zu den Landtagen zu verleihen, wird abgelehnt werden. Die Fortschrittler haben unter Zurückziehung ihrer früheren Anträge eine Resolution eingebracht, die den Satz der Oberbörstlich, für das Klassenwahlrecht in Preußen sei kein Raum mehr, unterstreicht und den Bundtag ausspricht, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird.

Die Fortschrittler verdienen für die Taktik, die sie mit der Einbringung dieser Resolution verfolgten, seinen Tadel. Denn die Befürchtung lag nahe, daß an dem bekannten Schauplatz zwischen Nationalliberalen und Zentrum jedes positive Ergebnis scheitern würde. Das Zentrum hat gegen die reichsgesetzliche Regelung der einzelstaatlichen Wahlrechtsfrage seine berühmten „Kompetenzbedenken“, und den Nationalliberalen wollen die Worte „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht“ schwer aus dem Munde. Der fortschrittliche Antrag umschließt vorzüglich beide Klümpen, er nimmt dem Zentrum den Vorwand der Kompetenzbedenken, und er erleichtert den Nationalliberalen die Zustimmung durch die Wahl eines allgemeineren Ausdrucks. Die Fortschrittler hoffen, auf diese Weise die Situation retten und die Verhandlung zu einem einigermaßen positiven Ergebnis führen zu können. Sie rechnen darauf, daß sowohl das Zentrum als auch die Nationalliberalen und — nach Ablehnung ihres eignen Antrags — die Sozialdemokraten der Resolution zustimmen würden, so daß sich eine Einigung aller Reichstagsparteien mit Ausnahme der konservativen ergeben würde.

Nimmt man an, daß dieser Optimismus der Fortschrittler gerechtfertigt ist, so bleibt das Ergebnis immer noch dürrig genug. Was das Volk von Reichstag erwartete, war

### eine Tat, nicht aber eine Meinung.

Die Resolution schiebt jedoch die Tat, die zu leisten ist, andern zu. Wer sind diese andern? Zu erster Linie muß man dabei an die einzelstaatlichen Regierungen denken, die angefordert sind, die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Verzug durchzuführen. Wie aber, wenn sich die einzelstaatlichen Regierungen weigern, dieser Aufforderung der deutschen Volkserhebung nachzukommen? Wie, wenn die Regierungen der Aufforderung Folge leisten, bei dem Verzicht ihrer Erfüllung aber in den einzelstaatlichen Parlamenten auf Hindernisse stoßen? Dann bleibt doch moderner nichts andres übrig, als ein starker, alle Hindernisse zerbrechender Druck von oben oder von unten.

Vor solchen nicht unbedenklichen Entwicklungsmöglichkeiten hätte die reichsgesetzliche Regelung der Frage den sichersten Schutz geboten. Daß sie nicht erfolgt, dafür muß man die bürgerlichen Mittelparteien schwer anfragen. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn fast eines glatten und ungefährlichen Weges ein anderer gewählt werden muß, der schwieriger und von Gefahren nicht frei ist. In die Verantwortung dafür stellt sich mit ihnen die Regierung, die in ungläublicher, einfach empörender Weise bei den ganzen Verhandlungen des Verfassungs-Ausschusses geschwiegen hat. Zudem ließe sich verstellen, daß sie einen Zustand enthielt, der einfach nicht länger zu ertragen ist.

Ist so etwas überhaupt erhört? Ein Reichstags-Ausschuß verhandelt über die wichtigste Frage der deutschen Verfassung, über eine wahre

### Schicksalsfrage des deutschen Volkes,

und die Regierung sitzt dabei und tut so, als ob dies alles sie überhaupt gar nichts angehe.

Zwei Tage vor dieser Debatte hatten zehn hervorragende Vertreter der Wissenschaft und der Diplomatie ein Vernehmungs-Gollnegg dem bekannten Anführer gerichtet, der ihn auffordert, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sofort in Angriff zu nehmen. Die zehn waren, wozu nicht zu zweifeln ist in diesem Falle die Vertreter

wirtlicher Volkswünsche und einer Überzeugung, die sich aus den breiten Massen des Volkes heraus hebt bis in die höchsten Spitzen der Gesellschaft den Weg gebrochen hat: der Überzeugung, daß es so wie bisher nicht geht, und daß ohne Verzug gehandelt werden muß.

Die Regierung säuwert zu dem Aufsatze. Sie säuwert bei den Verhandlungen des Verfassungs-Ausschusses fünf Stunden lang in allen möglichen Tonarten. Es ist einfach nichts aus ihr herauszubringen. Sie legt sich hinter den Buch und denkt: Ich sag nicht so, und ich sag nicht so, denn sagte ich so oder so, so könnte man sagen, ich hätte so oder so gesagt.

Angesichts dieser Haltung der Regierung und der Mittelbarkeit, wäre es immer schon etwas, wenn die fortschrittliche Resolution angenommen würde. Sie wird schwerlich die preussischen Geranten und die mecklenburgischen Ritter zum Ideal der staatsbürgerlichen Rechtsleichheit befehlen, sie wird schwerlich die hartnäckige Entschlossenheit, den positiven Widerstand der Regierungen überwinden, aber sie wird der Propaganda für die Rechtsleichheit eine

### neue starke Waffe

in die Hand geben. Darum wäre es falsch, einen Beschluß des Reichstags in der Richtung der fortschrittlichen Resolution als gänzlich unbedeutend abzutun.

Wenn die deutsche Volksvertretung erklärt, daß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in den Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt werden müsse, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, diese Erklärung gering zu schätzen, sondern unsere Aufgabe muß sein, sie aufzunehmen und ihr dadurch erst recht Schärfe und Durchschlagskraft zu verleihen. Das Volk darf mit dem Beschluß seiner Vertretung unzufrieden sein und es hat seine guten Gründe dazu, aber es darf nicht duden, daß dieser Beschluß von Zuntzen und Bürokraten mißachtet werde. Es muß mit ungetrübtem Nachdruck die Forderung erheben, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten durchgeführt werde — ohne Verzug!

### Sitzungsbericht.

Ueber die Verhandlungen des Verfassungsausschusses ist im einzelnen folgendes zu berichten:

Die sozialdemokratische Fraktion fordert in einem Antrag, daß in jedem Bundesstaat und in Elßig-Regierungen ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts nach der Verhältniswahl gewähltes Volksvertretung bestehen muß. Weiter wird gefordert das Recht zur Teilnahme an der Wahl für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Beschließung des Staatshaushaltetats erforderlich. Ferner ist den Beschlüssen dieser gleichberechtigten Antrag gestellt, der nach die Forderung enthält, daß die ersten Stimmen aufzugeben sind.

Die Fortschrittler beantragten, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht beruht; ferner den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den mecklenburgischen Kreis-Verordnungen unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Herrn Lohsbach (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Übertragung des Reichsgesetzrechts auf die Bundesstaaten das allerwichtigste sei, was man erwarten dürfe. Ein Bundeswahlrecht würde dem Volke direkt als eine Verbesserung angesehen werden. Ueber die Frage, ob der Reichstag zu solchen Beschlüssen kompetent sei, könne kein Zweifel bestehen. Auch das Zentrum sei früher der gleichen Ansicht gewesen und werde hienichtlich auf diesem Standpunkt beharren. Die Oberbörstlich des Reiches lehnt das Klassenwahlrecht ab; ein Einheitswahlrecht wäre mit der kaiserlichen Kammergebung nicht in Einklang zu bringen. Wenn die Konservativen sich abfinden möchten auch die Regierung sich in Schmeichelei wälzen, dann darf der Reichstag die Verantwortung nicht auf sich laden, sondern muß mit aller Entschlossenheit auf eine unumkehrbare Wahlreform drängen. Das ist ein sehr erheblicher Schritt zum Frieden, der im fernsten Zustand der Gedanken geriet, daß der Kampf dem rechtlichen Deutschland gelte. — Herr Ziegenhagen begründete den Antrag ebenfalls mit dem Hinweis darauf, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht nur für den Reichstag, sondern auch für den Aufbau des Reiches gelten müsse, das sind die Ein-

zelheiten und die Gemeinden. Das Volk muß auf einer sofortigen Durchführung der Reform bestehen. — Herr Krich bezieht die Kompetenz des Reiches und behauptet, daß Preußen in allen seinen Einrichtungen geradezu vorbildlich sei. Die Wahlrechtsfrage in Preußen sei eine rein preussische Angelegenheit, in die das Reich nicht hineinzugreifen habe. Dem Volke ist das preussische Wahlrecht nicht wert und eine Wahl wäre ihm vielleicht heute lieber. Die Demokratisierung Preußens müsse zum Reim des Zitates führen. — Herr Martin (Dt. Fr.) erklärt sich ebenfalls ablehnend. Bei aller Anerkennung der Reformbedürftigkeit der einzelstaatlichen Wahlrechte müsse man diese Reform doch den Einzelstaaten selber überlassen. — Herr Müller (Rechtsw.) bekämpft sich als Anhänger der Übertragung des Reichsgesetzrechts auf die Bundesstaaten, lehnt jedoch die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie ab. Aber er zieht die beiden fortschrittlichen Anträge zu und, weil eine Mehrheit dafür jetzt nicht zu haben sei, und schließt dafür folgende Resolution vor:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichsminister folgende Erklärung zu richten: Wir der an den Reichsminister und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Euerlochenschaft des deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch dem Reichstag der Überzeugung, daß nach den gemachten Leistungen des ganzen Volkes in diesem fürstürbaren Kriege für das Majoritätswahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewußter Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gegenwärtigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Beendigung des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich mannhafte neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

Herr Junck (Soz.) erklärt sich gegen die sozialdemokratischen Anträge und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse in Preußen sich heute so gestalten werden, daß ein Wahlrechtsreform nicht mehr aufgehoben werden kann. — Herr Herold (Ztr.) erhebt in den Anträgen einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, den das Zentrum nicht billigen könne.

Herr Dr. Orbanauer (Soz.) teilt das Vertrauen der Nationalliberalen in die Einsicht der einzelnen Bundesstaaten nicht. Eine wirkliche Lösung könne nur die Annahme des sozialdemokratischen Antrags bringen. An der Zeitpunkte, daß man das Wesen des Volkes die politische Gleichberechtigung geben müsse, komme man nicht mehr vorbei. Früher dem Erlass der Oberbörstlich und den gegenwärtigen Moment liegen drei Punkte, in denen sich vieles geändert hat. Die Ereignisse überlegen sich und das Volk ist von tiefem Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt. Deshalb muß die Reform jetzt kommen, denn nach dem Kriege hat man ganz andre Aufgaben zu lösen. Dringend sei daran zu arbeiten, daß man den Einführungen des Herrn v. Bethl. Gehör schenke, der die Einführung eines Einheitswahlrechts erwünscht. Die Reichsregierung solle endlich einmal Entschlossenheit zeigen und dem Volke geben, was ihm gebührt.

Herr Schmidt (Rechtsw.) geht dann auf die Verhältnisse in Mecklenburg ein und stellt fest, daß die Fortschrittler ihre Ansprüche nur zurückgeben haben, um zu erreichen, daß überhaupt etwas zustande kommt. Eine Reform des preussischen Wahlrechts durch den preussischen Landtag ist nur möglich, wenn das Zentrum mitmacht und wenn ein Paritätsschub im Reichstag erfolgt.

Herr Barm (Ansch.) polemisiert lebhaft gegen die Konservativen und stellt fest, daß der preussische Minister v. Bünker die Oberbörstlich so ausgelastet hat, daß er erklärte, es werde dann keineswegs ein gleiches Wahlrecht verprochen. Die schamhafte Salbung der Fortschrittler verbindet jedes positive Resultat.

Herr Graf (Soz.) berichtet, daß die Konservativen bereit sind, an einer Wahlreform in Preußen mitzuwirken, aber immer unter dem Gesichtspunkt, daß die historischen Verhältnisse Preußens genügend beachtet werden.

Herr Becker (Ansch.) teilt, daß das Zentrum in der Sitzung, daß die Mehrheit im preussischen Landtag nicht habe und deshalb aus für das Scheitern einer Wahlreform nicht verantwortlich gemacht werden könne. So viel tiefer aber liegt, daß die Wahlreform in Preußen unter allen Umständen kommen müsse. Die Debatte wurde geschlossen. Die Abstimmung findet am Freitag statt. Die Vertreter der Regierung ergriffen in der Diskussion auch nicht ein einziges Mal das Wort, unterstützen auch nicht auf die Frage, die Herr Orbanauer an die Regierung gestellt hatte, wie weit die Vertroren für die Wahlreform bereits gebildet seien. —



### Dauerfutter durch Kommunalverbände.

Die Bekämpfung von Dauerfutter für den kommenden Winter muß nach Möglichkeit gesichert werden. Aus diesem Grunde soll, wie wir den Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt entnehmen, von der Reichswehrmittelsstelle auf besonderem Verlangen des Kommunalverbände sowie mit Zustimmung der Landeswehrmittelsstellen ausnahmsweise auch den zu einem Kommunalverband gehörigen größeren Gemeinden Dauerfutter, das sie durch Drogen, Einfuhr oder auf ähnlichem Weile aus Hülsenfrüchten, Grünfutter u. dergl. erzeugen, ohne Anrechnung auf die künftigen zuzuhörenden Mengen unter folgenden Bedingungen beschaffen werden:

Das Dauerfutter muß im Bezirk des Kommunalverbands hergestellt sein, die Verteilung in einem anderen Bezirk hat nur dann stattgefunden, wenn es durch den Landwehrmittelsstellen ausnahmsweise befreit werden, wenn er zuvor die Genehmigung der Reichswehrmittelsstelle eingeholt hat. Ferner dürfen die Futtermittel nur unmittelbar an die Tierhalter des eignen Bezirks abgegeben werden, aber nicht in den freien Handel kommen. Der Verkaufspreis muß angemessen sein, er darf den Selbstherstellungspreis nicht überschreiten, im Zweifel ist der von der Landesvereinigung der deutschen Landwirte auf Grund der Futtermittelverordnung vom 5. Oktober 1916 zu zahlende Lebensmittelpreis als angemessen anzunehmen. Diese Rechte bedürfen jedoch der Zustimmung der Landeswehrmittelsstellen und müssen der Reichswehrmittelsstelle mitgeteilt werden.

### Notizen.

**Der Arbeitsplan des Reichstags.** Der Senatentomben des Reichstags trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Tage festzusetzen. Am Donnerstag steht die Kreditvorlage zur Beratung. Die Beratung wird aber dann unterbrochen, bis der Hauptantrag seine Arbeiten erledigt hat. Am Freitag steht die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags auf der Tagesordnung. Damit soll die Beratung des Antrags des Verfassungsausschusses verbunden werden, für die Reichsverfassung mehr Mandate zu schaffen. Am Sonnabend wird dann die Beratung der Kreditvorlage fortgesetzt. Diese Beratung wird die Form einer allgemeinen Debatte annehmen. Man hofft, am kommenden Dienstag die Sommertagung beenden zu können. Der Reichstag soll dann etwa Ende Oktober wieder zusammentreten.

**Regelung des Tabakhandels.** Eine Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1917 regelt den Handel mit Tabakwaren. Der Handel mit Ägypten, Arabien, Süd- und Südwestafrika (Tabakwaren) ist vom 15. Juli 1917 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Ausgenommen sind hier von der Verkaufsverpflichtung Tabakwaren sowie der unmittelbare Verkauf an Verbraucher, so daß der Konfessionierungszwang nur für den Zwischenhandel (Großhandel) besteht. Hat man also nicht die große Zahl der Tabakgeschäfte zur besonderen Einholung einer Erlaubnisverpflichtung verpflichtet, so ist man doch die Möglichkeit, Ausnahmefälle, die sich hier zeigen sollten, zu unterdrücken, indem der Verkauf unmittelbar an den Verbraucher unterlagt werden kann, wenn Bedenken wirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe vorliegen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann der Erlaubnis zum Zwischenhandel verweigert, und wenn sie sich wieder ergeben sollten, zurückgenommen werden. Außerdem ist der Erlaubnis der Zustimmung von Tabakwaren nicht behandelt hat. Wird die Erlaubnis verweigert oder zurückgenommen oder der Handel unterlagt, so werden die Warenvorräte des betreffenden Händlers auf seine Kosten und Gefahr an die deutsche Zentrale für Kriegsangelegenheiten von Tabakergewässern zur Verwertung übergeben. Verboten wird durch die Verordnung, zu periodischen Druckdrucken oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, ohne vorherige behördliche Genehmigung sich zum Erwerb von Tabakwaren zu erbieten, zur Abgabe von Preisangeboten auf Tabakwaren aufzufordern, sowie bei Mitteilungen gewisse irreführende Angaben zu machen. Fügung der Lebensmittelgesetzgebung ist ebenfalls durch die Verordnung, die unter strenge Strafe gestellt, die Steigerung des Preises für Tabakwaren durch unlaute Redensarten, insbesondere Rettenhandel. Verschiedene preisrechtliche Vorgänge im Verkehr mit Tabakwaren, die schon seit längerer Zeit wahrnehmbar waren, ganz besonders das teilschlafliche Auffahren und Aufschlagen von Waren durch Personen, die sich früher mit diesen Handelsgegenständen nicht befaßt hatten, hat den Erfolg dieser Verordnung nötig gemacht.

**Vom Großhandel zum Kleinhandel.** Wegen Lebensverteilung des Höchstpreises für Zweifeln war der Händler Doppeltworte in Magdeburg vom Landgericht als Berufungsinhalt zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden, und zwar auf Grund des folgenden Tatbestandes: Im September 1916 verkaufte er auf dem Güterbahnhof in Magdeburg aus der Eisenbahn, wo 100 Zentner Bauernpflanzen für ihn lagen, den Zentnerhändler Pflanzern für 18 Mark, obwohl der Höchstpreis für den Großhandel 14 Mark betrug. Auf eine Verhinderung erklärte er, daß er selber für den Zentner schon 14,20 Mark bezahlt habe. Es wurde ihm unterstellt, im Großhandel, wozu der Verkauf pro Zentner 18 Mark zu nehmen. Darauf sagte er, er verkaufe nun mehr nur bis zu 20 Pfund, was nach als Kleinhandel anzusehen ist. Für das Pfund berechnete er 13 Pfennig, womit an sich der Höchstpreis für den Kleinhandel nicht überschritten wurde. Angehöriger verkaufte aber jetzt an einzelne Personen mehrmals hintereinander je 20 Pfund zu dem Preis von 18 Pfennig. Auch diese Art des Verkaufs haben die Gerichte als Großhandel, so daß auch für diese Fälle eine Höchstpreisüberschreitung angenommen wurde.

Der Angeklagte legte Revision beim Kammergericht ein. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel und führte unter anderem aus: Der Angeklagte habe zweimal die Höchstpreise überschritten. Einmal, indem er die Pflanzen zu 14,20 pro Zentner erwarb, und einmal, als er die Pflanzen zu 18 Mark pro Zentner verkaufte, und dann, weil er beim Verkauf in großen Mengen zu 14 Mark pro Zentner begann, nach als 14 Pf. pro Pfund berechnete. Zudem das Landgericht beide Arten der Höchstpreisüberschreitung als eine Tat behandelte, anstatt zwei verschiedene

Handlungen anzunehmen, habe sich das Landgericht allerdings eines Mehrereits schuldig gemacht. Aber nicht jeder Rechtsirrtrium führt zur Verurteilung eines Landgerichtsurteils führen, sondern nur ein Rechtsirrtum, durch den sich der Angeklagte besonders fühlbar fühlte. Es sei nun aber nicht anzunehmen, daß das Landgericht die Tat immer bereit hätte, wenn es statt einer Tat deren zwei angenommen hätte. Also könne sich Angeklagter durch den Rechtsirrtum nicht befreit fühlen. Deshalb sei seine Revision zurückzuweisen.

**Verfassungsentscheidungen in Sachen.** Der zweite mit einem Konflikt zwischen Regierung und der zweiten Kammer. Za jene die Einsetzung einer Zwischenkommission für die Verfassungsreform ablehnte, beschloß die zweite Kammer mit 20 gegen 23 Stimmen die Einsetzung der von der Regierung gewünschten Zwischenkommission für die Verfassungsreform. Die zweite Kammer hat die Regierungsvorlage nur zu genehmigen, wenn die Regierung in die Verfassungsdeputation einwilligt. Damit sind beide Deputationen gescheitert. Der Antrag wurde dann bis zum 20. August vertagt.

**Fliegerpatent zusammengefallen.** General v. A. Toljanda, einer der berühmtesten Flieger, ist im Unfall gefallen. Sein Patent zusammengefallen ist im Unfall. Seit Beginn dieses Jahres gehörte er zur Kampffliegerflotte, wo er die Zahl seiner Leistungen auf 14 erhöhte.

**Weitere Arbeit der II. Boote.** Neue II. Boote (Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Biscaya): Hüft Dampf, vier Segler. Unter den verdienstlichen Schiffe befinden sich u. a. die englischen Dampfer „Zetibdale“ (3847 Tonn) auf dem Wege nach England, „Mahanda 2“ (7196 Tonn), der Munition geladen hatte und fast gleichzeitig mit der Torpedobotan in die Luft flog, ein großer bewaffneter Dampfer, anscheinend mit Erholung auf dem Wege nach England, ein leichtes zweimotoriges „Garric Garben“.

**Ein Ägypten-Hafen beschaffen.** Neuer dabei aus Bana Delgada (Ägypten): Ein Interzessionsboot beschloß bei Lagesbruch die Stadt. Ein Mädchen wurde getötet, andere verwundet. Die Fortis erörtern das Feuer.

**Zerhöre geant.** Die britische Admiralität meldet: Ein britischer Zerstörer alter Typus ist in der Nordsee auf eine Mine gefahren und gesunken. 18 Mann der Besatzung wurden getötet.

**England hält die Schiffe zurück.** Die „Ana Daglight“ (München) mitteilen, konnten am 1. Juli die deutsche Regierung hatte für diesen Tag freie Fahrt durch die Nordsee zugesichert, um jedoch einige schwedische Schiffe aus englischen Häfen heimzuführen, da die englische Regierung folgende Bedingungen stellte: 1. daß 20 Prozent vom Wert der freigegebenen Schiffe hinterlegt werden müßten; 2. daß die Schiffe sofort zurückzuführen und drei Monate lang für England unternommen müßten; 3. daß nach Ablauf dieser Zeit erlösen werden sollte, unter welchen Bedingungen die übrigen Schiffe nach und nach freigegeben werden könnten. Diese Bedingungen, die nach Ansicht der schwedischen Regierung unerfüllbar sind, wurden erst am Vormittag des 1. Juli, auf abgesehen zu spät bekanntgegeben.

**Die Vorlesungen in Stockholm.** Aus Stockholm wird berichtet: An Stelle Stamms ist Vorgebirg in das Komitee ein. Das jetzt mit den Russen verhandelt. Hier werden Franzosen erwartet, die nach Petersburg reisen. Sie sollen ein Memorandum mitbringen. Die aus dem italienischen Teil nach Petersburg zurückgekehrte russische Sozialisten Balabanow traf hier ein, um die Geschichte der Zimmerwahl-Gruppe zu übermitteln. Die hier eingetroffenen drei Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, Sokolow, Semirow und Gelbenberg, gehören der Menschheitsgruppe an. Sie konferieren heute mit der Parteileitung und im Anschluß hieran nehmen sie an einer Zimmerwahl-Sitzung teil.

**Petersburger Kommunalwahlen.** (Petersburg-Telegramm-Agentur.) Bei den Wahlen zum großen Stadtrat von Petersburg erschienen die Sozialisten 37 Abgeordnete, die revolutionären Sozialisten 54, die Kadetten 47, die Minimalisten 40, die demokratischen Sozialisten 5, die nationalen Sozialisten 6 und die Arbeiterpartei (?) 11 Abgeordnete.

**Von Russland nach Saloniki.** Der russische Fliegerhauptmann Sopolanow, der in Kremeny in Russland aufgestiegen war, ist laut „Daily Mail“ nach einer 1500 Kilometer langen Fahrt in Saloniki gelandet.

**Englische Kohlen nach Spanien.** Der „Times“ meldet aus Madrid: Die Verhandlungen der spanischen Regierung mit der englischen über die Einfuhr von 150 000 Tonn englischer Kohle monatlich und die Ausfuhr spanischer Minerale nach England sind abgeschlossen und vom englischen Botschaftsamt unterschrieben.

**Die Unruhen in Holland.** Niederländische Blätter berichten, daß am Dienstag im Distrikt von Rotterdam gegen Abend mehrere Ausgehungen stattfanden haben. Verschiedene Stören wurden getötet. Gegen 11 Uhr überoß ganz die Polizei mit dem Revolver in der Hand zur Mäuschung der Strafen vor. Dabei wurden in der Kolenburger Koorvort zwei Personen ernstlich verwundet. In der Umgebung des Gemeindefestes mit ebenfalls zum Zusammenstoßen. Mehrere Personen plünderten einige Waren. Die Polizei und das Militär, die mit der zweiten Gendarmerie aus Rotterdam über den Ort gezogen, haben sich schließlich genötigt, hierhin vorzugehen, da sie von allen Seiten angegriffen und bedroht wurden. Das Militär feuerte. Sie zwei Personen wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet.

**Folge der Kartoffel-Unruhen.** Der einseitige Protest der Arbeiter- und Arbeiter in Antwerpen ist beendet. Von der Hauptsicht der Arbeiter in den Munitionswerkstätten an Sandweg blieben 1000 Mann aus. Im Hauptdistrikt Rotterdam sind keine weiteren Ausschreitungen vorgekommen, dagegen ist es in Rotterdam wieder sehr unruhig. Die Polizei ging wiederholt mit blanker Waffe vor und gab einzelne Schüsse ab. Vier Personen wurden verwundet.

**Retter die Revolution!** Die Sozialistische Regierung in Petersburg hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem sie alle Bürger aufruft, ihre persönlichen Interessen zu vergessen und sich um einen Mann hinter der Axt zu sammeln, die sich in Bewegung gesetzt hat, um die Revolution und das freie Volk zu retten. Aus Mangel des Gedränges der Massen ist es Tagelöhner des Kriegsinstitutes allen Anlaß in der Arme und der befristeten Zonen auf mit Ausnahme der Stammskandier.

**Keine Proportionalwahl.** Das Unterhaus lehnte den Antrag des Abgeordneten Gerschke den Vorschlag, das System der proportionalen Vertretung einzuführen, mit 201 gegen 169 Stimmen ab.

### Aufruf zur russischen Offensive.

W. T. B. Petersburg, 5. Juli. (RDA.) Aufruf der russischen Offensive beschloß der Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands mit erheblicher Mehrheit, folgenden Aufruf an das Meer zu richten:

**Soldaten und Offiziere!** Die vorläufige Regierung des revolutionären Rußlands ruft euch zur Offensive auf, euch, die ihr auf den Schlachtfeldern die Sache der Revolution verteidigt und euer Blut für die Freiheit und den allgemeinen Frieden vergießt, auch lebend der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands und der Vollzugsausschuss der Bevollmächtigten ganz Rußlands brüderlichen Gruß.

Die russische Revolution ruft seit langem die Völker aller Länder zum Kampf für den allgemeinen Frieden auf. Solange die Völker Europas nicht auf unseren Ruf antworten, geht der Krieg ohne unsre Schuld weiter. Eure Organisation und Stärke, von der die Offensive zugeht, werden der Stimme des revolutionären Rußlands bei seinen Aufrufen an die es befreundeten Länder sowie an die Neutralen und Bundesgenossen Gewicht verleihen und das Kriegsende näher rücken.

Alle unsre Gedanken sind bei euch, den Helden des revolutionären Heeres. In dieser entscheidenden Stunde fordern der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands das Land auf, alle seine Anstrengungen zur Unterstützung des Heeres zu vereinigen. Bauern! Gebt dem Heere Brot! Arbeiter! Sorgt dafür, daß das Meer nicht an Munition Mangel leidet. Soldaten und Arbeiter der See! Bildet Abteilungen und Regimenter zur Verpfändung und geht in die ersten Reihen. Bürger! Seid eingeht eurer Pflichten! Möge niemand in gegenwärtigen Augenblick verzuken, sich der Erfüllung seiner Pflicht gegenüber dem Vaterland zu entziehen. Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Vertreter der Bauern machen über die Freiheit Rußlands.

**Soldaten und Offiziere!** Euer Herz soll keinen Zweifel hegen. Ihr kämpft für die Freiheit und das Güt Rußlands sowie für den nahen allgemeinen Frieden. Wir denken auch heißen brüderlichen Gruß. Es lebe die Revolution! Es lebe das revolutionäre Meer!

### Flieger über England.

W. T. B. St. Petersburg, 5. Juli 1917 (Mittheilung).

**Westlicher Kriegsschiffahrt.** Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht in Flandern und in Artois blieb gestern die Feuerstätigkeit gering. An mehreren Stellen wurden feindliche Geländevorposten abgemessen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.** Unser Geländegewinn am Chemin des Dames südlich von Creun veranlaßte die französische Führung auch gestern und heute morgen wieder zu Angriffen, die verlustreich scheiterten. Bisher haben die Franzosen über 15 000 Mann verloren, jedesmal aber unter erheblichen Opfern an Toten, Verwundeten und Gefangenen verlust, den verlorenen Nutzen zu schmerzhaft.

Auf den beiden Masseneren nahm gestern die Feuerkampf zu.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.** In den letzten Tagen folgten Ausfallangriffen östlich der Aisne mehrfach gelungene Unternehmungen durch.

(Eins unserer Fliegergeschwader aktiv arbeiten vor. mittig die militärischen Anlagen und Fliegerstützpunkte bei Arras an der Ostküste Englands an. Zwei harte Abwehr von der Erde und durch englische Luftfahrzeuge gelang es, mehrere schwere Flugzeugen Boden ins Ziel zu bringen und gute Wirkung zu bewirken. Zehnteilige Flieger sind in Bereich zurückgekehrt.)

**Ostlicher Kriegsschiffahrt.** Front des Generalobersten Prinzgen Leopold von Bayern.

Auf dem Kampfgebiet in Ostgalizien herrscht gestern nur geringe Feuerstätigkeit. Es kam auf den Höhen bei Prozjan zu örtlichen Gefechten, bei denen die Russen aus einigen Trichterlinien verdrängt wurden, in denen sie sich nach zurückzogen. In den beobachteten Abschnitten blieb es im allgemeinen ruhig.

**Der Erste Generalquartiermeister** Ludendorff.

zählend jeder Anhalten  
öffent-  
get-  
sind  
taten  
Güter  
Haupt  
find  
r  
bis  
nicht  
zum  
be-  
halten  
sind  
r  
bis  
nicht  
zum  
be-  
halten  
sind  
r  
bis  
nicht  
zum  
be-  
halten

12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100



# Beilage zur Volksstimme.

## Die Zukunft der Partei.

Die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie, überhaupt der deutschen Arbeiterbewegung — von der wir am Schlusse unseres gestrigen Artikels als von einer Sache sprachen, um die und durchaus nicht bange zu sein braucht, sofern nur die breiten Massen gründlich genug über ihre Verleitelung durch die sogenannten Unabhängigen aufgeklärt und zu dem allein richtigen Handeln daraus veranlaßt werden — sie liegt in ihrem unumkehrlichen Einzelschicksal noch vollkommen dunkel vor uns. Und nur zwei Dinge sind es, mit denen wir aller Wahrscheinlichkeit nach vorläufig rechnen dürfen: daß es zu schweren inneren Kämpfen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete kommt, und daß — nicht zuletzt eben daraus — wieder eine geschlossene, einheitliche deutsche Arbeiterbewegung entsteht.

zunächst die Kämpfe. Sie beruhen vor allen Dingen in den besonders schwierigen und immer noch unansprechlichen Verhältnissen der Zeit nach dem Kriege. Wie auch dieser Krieg ausgehen möge, Deutschlands Volkswirtschaft hat mindestens etliche Jahre danach tüchtig zu kämpfen, um auch nur einigermaßen wieder den alten Stand von 1914 zu erreichen. Dazu muß es nach außen seine damaligen Absatzmärkte zurückzuerlangen suchen, und nach innen danach trachten, die alte Produktionskraft, nicht zuletzt auch Konsumtionsfähigkeit wiederzuerlangen. Das wird ihm aber nicht ohne weiteres gelingen, und deshalb wird fürs erste zu rechnen sein mit einer

### Reduktion auf verhältnismäßig schwacher finanzieller Basis,

mit der Entlassung menschlicher Arbeitskraft und Erlatz durch Maschinen, mit der Herstellung billiger Massenartikel, die immer am besten noch abgehen und an denen immer noch am meisten verdient wird, usw. usw. Zwar wird eine Erleichterung geschaffen werden durch die ungenutzten Vorräte zur Wiederverfertigung der zerstörten oder ruinieren Dinge (Wägen, Häuser, Maschinen und so weiter) innerhalb des Staates, vor allem auch zur Ausfüllung aller durch den Krieg erzeugten Mängel in Bezug auf das notwendige menschliche Leben (Nahrung, Kleidung). Aber die an allgemeine Kapitalmangel herrschende dürre und diesem Mangel auch der Staat nicht entgegen wird, der am allermeisten noch große Arbeitsaufträge ausgeben könnte, so wird das nicht ausreichen ausmachen. Das nun wird eine allgemeine Arbeitspreisunterbreitung verursachen — zumal ja hierbei auch noch die vielen jetzt allüberall beschäftigten Frauen und die nicht minder zahlreichen Kriegsbeschädigten klar in Betracht kommen —; und da umgekehrt mit einer neuemercierten Preislenkung bei den Nahrungsmitteln und bei den sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs nicht gerechnet werden kann, so wird ein

### Kampf um den Arbeitslohn,

ebenso wie um den Profit, zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum von äußerster Heftigkeit entstehen.

Sowas kommt, daß auch der Staat hohe finanzielle Anforderungen stellen wird, stellen muß, wenn er die Staatsfinanziererei wieder flott machen und somit gegenüber den Verwaltungsapparaten der andern Staaten wettbewerbsfähig bekommen will. Das wird aber nicht ohne neue hohe Belastungen der breiten Massen abgehen, selbst in dem günstigsten Falle, daß er diese Massen in möglichst weitgehendem Maße schonen möchte. Und da nun gerade diese breiten Massen ohnehin am schwersten unter den drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, so werden sie wenig Lust verspüren, diese neue Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Lage ohne Kampf hinzunehmen. So wird die

Arbeitererschaft auch auf der andern Seite schwere Kämpfe auszutragen haben. Nur kommt hierbei noch als verschärfendes Moment in Betracht, daß die Politik durch alles das nicht nur ein der wichtigsten Machtmittel, sondern das Machtmittel überhaupt wird, von dem die Gestaltung aller andern so gut wie vollständig abhängt. Deshalb wird hierbei zu dem Kampf um die Verwendung des Staatsapparats noch der

### Kampf um den Staatsapparat

an sich kommen, also um die Wege, die der Arbeitererschaft über den Unternehmertum den größtmöglichen Einfluß auf den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung, verschaffen können. Und diese Kämpfe werden gerade für die Zeit nach dem Kriege von der weittragendsten Bedeutung sein, vielleicht sogar für die ganze künftige Geschichte.

Das hat demgegenüber nun die Arbeiterschaft, oder besser noch: das Proletariat in der Hand — da ja gerade hierbei nicht nur Arbeiter in des Wortes engerer Bedeutung in Frage kommen, sondern auch Angehörte, Kleinbürger, Beamte usw. —, um damit unter der Hoffnung auf den besten Erfolg den Kampfplatz betreten zu können? Bisher, das heißt bis vor der Zerflüchtigung durch die sogenannten Unabhängigen, war es ihre Geschlossenheit, ihre Einigkeit und ihr innerer Zusammenhalt. Darin hat auch immer nur ihre Macht und Stärke gelegen, in nichts anderem, weil sie ja kein andres Machtmittel besitzt bei ihrer sonstigen wirtschaftlichen und politischen Wechelosigkeit. Und so liegt es auch in jeder Arbeiterschaft, in jedem Volk, und so hat es auch immer wieder in allen Neben geteilt sowohl bei gewöhnlichen Agitationen wie bei bedeutsamen Kongressen. So hat es uns auch die Geschichte gelehrt, nicht zuletzt die Geschichte gerade der deutschen Arbeiterbewegung. Was aber haben wir jetzt? So fragen wir nochmals. Und besäht und wirksamer gleich müssen wir geteilt: Nichts, ganz und gar nichts haben wir mehr, machtlos stehen wir da und müssen alle Dinge stillhaltend über uns ergehen lassen! Das macht, weil die eine starke Waffe, die einzige überhaupt, dem Proletariat von falschen Freunden aus dem Hand geschlagen worden ist, von Zeiten, die wieder einmal den großen Stadtkatzenbart erwarten und die deshalb immer, fast solche Spitze erlauben zu können, und die wieder zu ihrem Verstand nur deshalb gekommen sind, weil sie in falsch verstandenen Marxismus ihre Stange für blanke Wirtschaffen hatten, Leute, die den Massen mit radikalen Redensarten kommen und diese damit auch wirklich zu einem gewissen Teil einfangen, die aber viel zuwenig Bewußtsein dafür haben, welche Verantwortung sie damit auf sich laden, Leute vor allen Dingen, die für ihre persönlichen Egoismen die große Masse leiten lassen. Sie haben

### das Proletariat der einzigen Waffe beraubt,

die es hatte, der Einigkeit, und diese Waffe ist nun hin, sie kommt fürs erste nicht mehr in Betracht.

Sollen wir aber die Dinge so treiben lassen, wie die wir die Dinge niedriger und damit richtiger besetzen? Sollen wir ruhigen Blutes dabei zusehen, wie das Proletariat in den Augen der Welt, gerade jetzt, wo alle Welt auf sie aufmerksam wird, erleben? Das kann und das darf nicht geschehen! Und darum gibt es gegenwärtig keine schönere Aufgabe als mitzuarbeiten daran, daß die Einigkeit des Proletariats neu ersticht, besser und stärker noch als bisher, da sie in Zukunft noch weitaus schwerere Kämpfe zu bestehen hat. Es ist aber nicht anders als dadurch möglich, daß die von den sogenannten Unabhängigen misgeleiteten Massen wieder zur alten Bewegung, zur alten Partei

zurückgeführt werden. Sie brauchen damit durchaus nicht ihre Opposition gegen die von ihnen als falsch bezeichnete Politik aufzugeben: im Gegenteil: sie sollen sie ruhig weiter betreiben und sie sollen auch dazu noch ausreichend Gelegenheit bekommen. Nur sollen sie wieder

### ein Herz, eine Stimme

mit uns bilden, und sollen ihre besondern Anschauungen innerhalb dieser Stimme aufsteigen.

Einigkeit ist das allererste Erfordernis dieser Zeit, und an ihre sollte jeder mitarbeiten, der auch nur halbwegs das praktische Leben verstanden hat. Vor allem aber sollten es die Arbeiter tun, und wenn es ihre Führer zehnmal nicht wollten. Nur sie das, kann können wir den kommenden schweren Kämpfen ruhig entgegengehen: wir schlagen sie, und schlagen sie hierdurch, entscheidend, — entscheidend für unsere Zukunft und die unserer Kinder und Kindeskinder! —

## Halle und Saalkreis.

Halle, 6. Juli 1917.

### Zur Verhängung des Obstmangels

hat der Magistrat durch eine Verordnung vom gestrigen Tage bestimmt:

In Ergänzung der vom Preussischen Landesamt für Gärten und Obst über Obsterzeugnisse erlassenen Bekanntmachung bemerken wir, daß die in der vorgenannten Bekanntmachung gegebenen Vorschriften auch auf den hiesigen Kommunalverband und die hiesigen Erzeuger Anwendung finden. Am übrigen wird auf die im Absatz 2 der obigen Bekanntmachung erwähnten Erfordernisse hingewiesen.

Die hier erwähnte Bekanntmachung des Landesamts für Gärten und Obst ist der Veröffentlichung wegen noch einmal wiedergegeben. Sie lautet:

Der Absatz von Obst an den Betriebsstätten der Erzeuger (Wirtschaffen, Höfe, Gärten, Sommerfruchtungen) und in deren Nähe unmittelbar an Verbraucher (Großverarbeiter und Kleinverarbeiter) ist täglich nur in der Morgenstunde zwischen 6 und 8 Uhr gestattet. Aus diesen innerhalb dieser Zeit an ein und dieselbe Person nicht mehr als 2 Pfund Obst abgegeben werden. Desgleichen ist in den Ortsgemeinden (Städten und Landgemeinden) mit mehr als 10.000 Einwohnern verboten, im Kleinvertrieb einzuschließlich des Handels im Umherziehen an eine und dieselbe Person innerhalb des Ortsgebietes mehr als 2 Pfund Obst abzugeben. Der Absatz an einen Tage bekommen dürfen die vorstehenden Vorschriften unterliegen. Jeder Obsthändler muß aber in der Lage sein, sich als solcher auszuweisen. Die Bestände der Kommunalverbände (Stadt- und Landkreis) sind besetzt für ihre Gebiete oder einzelne Teile ausgenommen zuzulassen, auch allgemein zu bestimmen, daß die vorstehende Vorschrift auf andre Zugestände verlegt und die Bestimmungen für einzelne Obstsorten anwendbar festgelegt wird. Der Obstabsatz bis zu 6 Monaten oder mit Selbstkarte bis zu 1500 Mark wird belegt, wenn die vorstehenden Anordnungen darüber nicht abgelehrt oder erweitert.

Das bemerkenswerte ist aber daran, daß die Familie, — weder draussen bei den „Obsthäusern“, noch hier drinnen bei den Kleinverkäufern — auch wenn diese keine Erzeuger sind! — mehr als 2 Pfund Obst an einem Tage bekommen dürfen. Damit war es höchste Zeit, denn schon lange sah man allenthalben die Familien am Werke, die auch dann von keinem Bewußtseinsstreifen über-

## Roten Flamendblut.

Roman von Pierre Brodcoorens.

Eingige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(10. Fortsetzung.)

### Meine Jesus, die zu jener Zeit in den Sedgihgen stand, war kinderlos geblieben. Mit ihren Wollschiffen, von denen die behaarten Klappen der unruhigen Ohren abstanden, lebten die beiden Geisels in beständiger Jurdt vor Dienen, und sie griffen Soube, daß er ihr Erde sein sollte, und auch, weil er ihnen wie eine schwere Last mitten in ihren wachsenden Wohlstand gestallt war.

Um sich in etwas zu entschädigen — sie selbst waren übrigens schon vor Tagesanbruch auf den Weinen —, beschäftigten sie ihn mit allerlei Arbeiten und machten ihn zu einer Art von Knecht, für den sich stets etwas zu tun fand. Nützig und fleißig leistete der breitschultrige Knabe seine Dienste schon wie ein Mann. Er führte die Schweine zur Eidelmaße, die Schafe auf die Weide, farrte die Wirtschaffe auf die Auhbeete und die Bataken, grub, hakte und jätete. Mit fünfzehn Jahren redete sich sein kantiger Schädel zwischen den hochgezogenen Schultern vor, und seine vom Körper abgetrockneten, rissigen Hände bezielten immer die gleiche Stellung wie beim Höfen der Arbeitgerätee.

Um seine Kräfte zu heben und sein Blut aufzurichten, koptien ihn die Jesus, diese evul Hagenden Kleinfaßkrammer, mit Kartoffeln voll. Doch Sonntags gab es Kohl mit Speck, und außerdem erhielt er seine fünfzigmanzig Centimes, so daß er sich mit seinen Freunden ein Vergnügen machen konnte.

Aber er hielt sich abseits und verkehrte mit seinen Altersgenossen nur wenig. Seine trübe Stimmung hatte andere Ursachen als die, welche Jesus zu ihrer freiwilligen Einflamete veranlaßten. Das Geheimnis der Tragödie, in die er hineingezogen worden war, lastete auf ihm wie ein Blick. Uebrigens mieden ihn die jungen Bauernkinder auch und schickten nur heimlich nach ihm hin, wenn er am Samstagmorgen über den kleinen Platz vor der Kirche

von Sa Gruppe schritt, um sich zur Keunührmesse zu begeben.

Da ihm das Familienleben und die Freuden der Kindheit verlag geblieben, war sein Geist frühzeitig gereift. Und er hegte die Gedanken eines Erwachsenen schon in einem Alter, in dem die Dorfjungen noch wie Füllen durch die Obstgärten herteln, indem sie ihnen erdige Katzenklumpen gegen das Hinterteil schmissen. Er vergnügte sich für sich allein; manchmal lief er die drei Kilometer bis Renaix, um sich für zwei Sous alte Zeitungen zu kaufen, aus denen er Drogen anfertigte, indem er sie über Weidengarten hiepunkte.

Die Jesus hatte er tödlich; besonders die Alte mit ihrem edigen Gesicht, ihren Schielaugen und ihrer klangevollen Stimme, bei der ihn eine Gähnehaubt überfiel. Er fühlte sich von ihnen ausgehütet und litt darunter, doch erordnete er ihnen mit ererbtem Bauerngleichmut ohne Murren. Er sprach er mit ihnen, so geschah es einflücht in feindlicher Weise. Um ihnen keine Gelegenheit zu einem Zabel zu geben, bemühte er sich bis zum äußersten, dem geringsten ihrer Wünsche abzugeben, und machte sich vor selbst an die notwendigen Arbeiten. Und sie waren zufrieden mit ihm, was sie ihm indesten aus Egoismus verhehlten.

Et schickten sie ihn in den Wald, um Stenäpkel und Buchendern aufzulesen, Wesen zu schneiden oder hunderte Reifgübündel zu zerhacken. Dann brach ein Blut unter jenen Äbtern hervor und erhobte seine braunen Augen. Er machte den Hund Rabri los und drang in das Dickicht ein, ein grünes Reis zwischen den Bäumen, die Schleuder in der Tasche. Mit Steinwürfen schlug er Zweige ab, tötete Krähen und Rindvögel, und mit allen Vögel eines Vogelsellers und der Gewandtheit eines Eichhörnchens nahm er die Reister der Amstel, Beißige und Buchfinken an. Einmal stürzte er von einer Eiche ab, weil er ein Nest nicht hatte lösen lassen wollen, das er mit leidenthaftem Eifer gegen die Brust gedrückt hielt. Und beinahe hätte er sich das Rückgrat gebrochen. Noch immer ohnmächtig, war er um Abend von den Jesus aufgehoben worden, die, benuraut über sein Aussehen, sich aufgemacht hatten, um ihn zu suchen.

Er mußte zwei Monate lang das Bett hüten, und es kostete eine Menge Milch, Eier und ärztliche Fürsorge. Die Jesus wurden fast krank davon. Sätten sie es vermocht, so würden sie ihn mit ihren Wänden gekostet haben. Aber sie fürchteten sich bereits vor seiner Kraft. Endlich war er wieder hergestellt und nahm, die Bäume zusammengeklümpert, die seine Trone, sein Zoch wieder auf sich.

Das Gebölz und seine geraden Buschen mit ihren glatten silbergrauen Stämmen, seinen hundertjährigen, bemooften Eichen, seinen stillen Erindern und seiner Kräfte, bedeuteten für ihn das irdische Paradies des alten Testaments. Die leisen Schläge seines Herzens einten sich den unbestimmten Lauten der Natur. Er freute sich an den hier und da von einem grünen Licht erhellen Schatten, an dem langhingenen Trauen des Windes in den Zweigen, an dem Spiele der Regal von Wispel zu Wispel. Er hielt vor vielleicht nichts andres als ein unkenntliches Geier des großen, geheimnisvollen, wunderbar lüsternden Waldes. Der senkte ihm ein wenig Frieden in die Seele, und Jolost mußte ihm Dank, daß er mit seiner freudlichen Wände ihm gleichsam Vater und Mutter geworden war, die er verloren hatte. Es war so, als ob der Wald ihm ganz gehörte. Fast immer fand er sich hier allein, voller Begehren zwischen den hurtig bringenden Stämmen, wenn er Körbe voll Heidelbeeren oder Salselknolle lamelte, die die Jesus dann, auf ihren Hartriegelstoch gestützt, in die Stadt trug, um sie zusammen mit einem Viertelhundert Eiern zu verkaufen.

Der Duft des Waldes, dieser kräftig gemischte Duft, in dem ein aromatischer Rauch von Rigen, trockner Torke, von Garz und rauchtem Raube sich der herbofosen Dünsten eint, die der taufendjährige Sumpf aushaucht, weite Soube Nüssen; und in einer Art von diaphanem Rauche lag er ihn tief in die Lungen ein.

Ab und zu zeigte sich in der Einfamkeit des Sockelwaldes und in der Stille, die nur von den zwei melancholischen Roten des Rindvögel unterbrochen wurde, die Silberkette eines Wächters, der auf seinem Rundgang begriffen war.

(Fortsetzung folgt.)

